

Antrag vom 15.03.2019

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
--

Betreff

Schwerpunkt Digitalisierung – wie ist der Weg dahin?

Digitale Zukunftskommunen und Verwaltung 4.0 sind ein Schwerpunktthema der Landesregierung Baden-Württemberg. Innovative Wege sollen gegangen und Experimentierräume geschaffen werden, in denen Land, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und die Zivilgesellschaft an digitalen Lösungen von morgen zusammenarbeiten, die einen spürbaren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger stiften, wie z. B. die digitalen Dienste einer modernen und bürgernahen Verwaltung 4.0.

Das *ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung* drückt es so aus: „Durch die Digitalisierung ergeben sich für die Kommunen darüber hinaus weitere Potenziale, die unter dem Begriff Smart City breiter gefasst werden können, mithilfe welcher potentiell in Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft eine neue Qualität der Daseinsvorsorge im Rahmen einer intelligenten Stadtentwicklung gewährleistet werden kann. Insbesondere vor dem Hintergrund des Trends einer zunehmenden Urbanisierung kann die Digitalisierung Lösungen für kommende Herausforderungen bieten und Standortfaktor sein“.

Nun kommt es darauf an, dass die Städte ihre Verwaltungsstrukturen danach ausrichten. Hamburg hat mit einem Amt für IT und Digitalisierung eine zentrale Einheit geschaffen, die die Digitalisierungsstrategie der Stadt entwickelt. Die Landeshauptstadt München hat die Bereiche IT und Telekommunikation in einem IT-Referat zusammengefasst.

Stuttgart hat sich mit StradiS unter dem Motto „Digital Move – Stuttgart. Gestaltet. Zukunft“ auf den Weg gemacht und will den Wandel aktiv gestalten und die Zukunftsfähigkeit der Stadtverwaltung und des Wirtschaftsstandorts sichern. Insgesamt soll die Digitalisierung so schnell wie möglich vorangetrieben und mit Tempo und Drive ausgebaut werden.

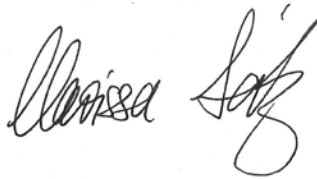
Wir halten es für wichtig, dass über den Weg dahin und was das konkret bedeutet, breiter diskutiert werden kann. Denn eine Digitalisierungsstrategie müsste ja über „E-Government“ hinausgehen und sich auf die digitale Vernetzung zwischen Stadt, Wirtschaft, Wissenschaft und privatem Sektor beziehen. Die Frage wäre, ob nicht beispielsweise die Koordination des Breitbandausbaus, Fragestellungen aus dem Unterausschuss Mobilfunk und der schnelle Anschluss aller städtischen Schulen an das Glasfasernetz „aus einer Hand“ zusammengedacht und gesteuert werden sollten – und dass über geeignete Angebote oder Formate auch kritische Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Digitalisierung zur Sprache kommen, Sorgen über den gesellschaftlichen Wandel aufgegriffen und die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung in unserer Stadt thematisiert werden könnten.

Daher beantragen wir:

1. Das Thema Digitalisierung wird im zweiten Quartal auf die Tagesordnung im Verwaltungsausschuss gesetzt.
2. Dabei wird auf die folgenden Fragestellungen eingegangen:
 - Wie könnte eine digitale Vernetzung zwischen Stadt, Wirtschaft, Wissenschaft und privatem Sektor aussehen?
 - Welche Vor- und Nachteile werden in einer Zusammenführung der Koordination des Breitbandausbaus, der Fragestellungen aus dem Unterausschuss Mobilfunk und der schnelle Anschluss aller städtischen Schulen an das Glasfasernetz in einer Organisationsform „alles aus einer Hand“ gesehen?
 - Durch welche Angebote oder Formate könnten auch kritische Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Digitalisierung zur Sprache kommen, Sorgen über den gesellschaftlichen Wandel aufgegriffen und die gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung in unserer Stadt thematisiert werden?
3. Die Verwaltung stellt im Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen dar, welche Organisationsform sie für geeignet hält, Stuttgart umfassend und verträglich zur Digitalen Stadt zu machen.



Silvia Fischer



Clarissa Seitz



Andreas Winter